

## Demokratie und Politik

*Man kann sich verwirklichte Demokratie  
nur als Gesellschaft von Mündigen vorstellen.*

*(Theodor W. Adorno)*

Es war Wahlsonntag, Angelena und ich waren mit Kersten zum Essen verabredet. Auf dem Weg durch die Innenstadt zum Restaurant begegneten wir drei kleinen politisch organisierten Gruppen, die Transparente mit Wahlslogans ihrer Partei trugen und Flyer verteilten. *Wir haben die Kraft; Verantwortung, Kompetenz, Nachhaltigkeit; Arbeit muss sich wieder lohnen; Freiheit statt Verbote; Bürgerrechte stärken* waren nur einige ihrer ehrenwerten Leitsprüche, um das Votum der Bürger zu erhalten.

»Hast du bemerkt, dass die verschiedenen Parteien mit fast gleichen inhaltlichen Programmen werben?«, fragte Angelena und drückte mir ein Faltblatt mit roter Aufschrift in die Hand, das sie von einem Wahlhelfer bekommen hatte. *Sie haben es in der Hand*, stand dort fettgedruckt als Headline.

»Tatsächlich«, sagte ich. Während ich den Flyer in der Hand hielt, bestürmten mich die Gedanken. Ich durfte heute, nach vier Jahren, wieder meine Stimme als mündiger Staatsbürger abgeben. Ich darf alle vier Jahre eine Partei und eine Person meines Vertrauens wählen und hoffen, dass sie meine Erwartungen erfüllen. Zu Angelena gewandt antwortete ich: »Der Unterschied in den Wahlprogrammen ist tatsächlich minimal, denn sämtliche Parteien und alle von ihnen aufgestellten Personen wollen an die politische Macht. Der Grund für die Ähnlichkeit ihrer Werbeslogans ist klar. Sie haben allesamt, ohne Ausnahme, Meinungsforschungsinstitute damit beauftragt, den Willen der Bürger zu ermitteln, und dem Ergebnis entsprechend sind die Texte auf ihren Plakaten, Transparenten und Flyern. Und wenn wir die Sprüche von heute mit denen von vor vier oder acht Jahren vergleichen, werden wir feststellen, dass sich, wenn überhaupt, lediglich der Parteiname geändert hat.«

Im Restaurant angekommen, begrüßte uns Kersten mit seiner Lebensgefährtin Dalida. »Seid ihr auch den Parteimenschen begegnet, die noch auf Stimmenfang gehen?«, fragte er. »Ich empfinde es vorbildhaft und bin beeindruckt, dass sich nicht wenige Menschen, ich habe meist junge Leute gesehen, derart mühevoll und aufwändig für ihre politischen Vorbilder und Ideale einsetzen.«

»Absolut«, sagte Angelena, »mir imponieren die vielen Wahlhelfer auch, gleichgültig welcher Couleur, die sich, ohne auf den eigenen Vorteil zu achten, für ihre Partei und damit für die Allgemeinheit einsetzen.«

»Der Idealismus ist in der Tat bewundernswert«, fügte ich hinzu, »was mir allerdings fehlt, ist das kritische Hinterfragen ihrer politischen Arbeit. Die Konzepte der Parteien und ihre Zielvorstellungen sind ausnahmslos identisch und auf die Wahrung des momentanen gesellschaftlichen Zustandes ausgerichtet. Sie stellen unser politisches System mit seinen vielen Schief lagen nicht infrage, wie könnten sie auch, sie würden eventuell ihre eigene Existenz infrage stellen.«

»Ist es nicht unser aller Wunsch, die erreichten positiven gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes aufrechtzuerhalten oder zu verbessern?«, fragte Dalida.

»Ja und nein. Wollen wir auch weiterhin egoistisch unsere auf Ungerechtigkeit und Ungesetzlichkeit erlangten Privilegien beibehalten, hast du natürlich recht. Erkennen wir jedoch, dass unser Wohlstand auf dem Elend und der Armut anderer Länder und Menschen

aufgebaut ist, und wollen wir das verändern, sind deutlich modifizierte Parteienkonzepte oder gar ein gänzlich anderes politisches Gesamtkonzept erforderlich.«

»Ich denke, unser Mehrparteiensystem in der BRD ist das Fundament für unseren freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat«, übernahm Kersten das Gespräch. »Das Parlament, und damit indirekt die Regierung, wird durch freie Wahlen gewählt, und jeder Wahlberechtigte hat die Möglichkeit, seine politischen Vorstellungen durch die Wahl einer Partei beziehungsweise einer Person in das parlamentarische Geschehen einzubringen. Auf diesem Weg findet die Geisteshaltung der Mehrheit der Bevölkerung den Weg ins Parlament.«

»Das hoffen wir alle«, sagte Angelena, »aber eine Garantie dafür gibt es nicht. In der Wahlkampfphase versprechen die Parteien das Blaue vom Himmel, doch die Vergangenheit zeigt, dass in den überwiegenden Fällen die gemachten Versprechen nicht eingehalten werden. Meistens wird dann das Argument fehlender Finanzen als Rechtfertigung vorgebracht.«

»Traurigerweise ist das so«, sagte Dalida. »Wahlversprechen von Parteien sind keine Zusagen im Sinne zivilrechtlicher Vereinbarungen. Sie sind lediglich Instrumente des Wahlkampfes und gelten bestenfalls als Zustimmung, sich nach der Wahl für eine bestimmte Thematik einzusetzen. Man spricht in dem Zusammenhang vom *Clausula-rebus-sic-stantibus-Grundsatz*. Der Begriff stammt aus dem römischen Recht und besagt, dass die gemachten Versprechen nicht mehr gültig sind, wenn sich die äußeren Bedingungen ändern.«

»Obwohl die Parteien genau wissen, dass ihre Vorhaben nicht realisiert werden können, hält es sie nicht davon ab, immer mehr zu versprechen«, übernahm Angelena das Gespräch. »Der Wähler wird animiert, bei der Partei sein Kreuz zu machen, die seine Meinung und seine Hoffnungen vertritt, und muss später feststellen, dass die Wahlziele aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht umsetzbar sind. Das macht wütend. Die Bürger sollten doch nach all den Jahren der bewussten Manipulation dazugelernt haben, insbesondere da wir alle medial vernetzt sind und jeder sich hinreichend informieren kann. Es ist zu hoffen, dass das Wahlvolk aus seinen Fehlern lernt, oder ist es wirklich so, dass zivilisierte denkende Menschen so leichtgläubig sind und immer wieder die Partei wählen, die ihnen die meisten Wahlversprechen macht?«

»Anscheinend haben wir das kritische und differenzierte Denken verlernt, wie anders ist das politische Verhalten des sogenannten mündigen Staatsbürgers sonst zu erklären?«, ergänzte ich. »Ihm wird suggeriert, dass es staatsbürgerliche Pflicht ist zur Wahl zu gehen, und er geht und wählt nach Vorgabe der Versprechungen, die anschließend nicht eingehalten werden.«

»Man kann das so nicht verallgemeinern«, warf Kersten ein, »die meisten Zusicherungen werden doch eingehalten, zumindest partiell!«

»Wirklich?«, fragte ich. »Gesellschaftlich unbedeutende Entscheide und Beschlüsse, die das System aufrechterhalten, werden natürlich immer wieder getroffen, das ist alltägliche parlamentarische Arbeit. Geht es aber um schwerwiegende politische Entscheidungen, gibt es immer wieder eine Mehrheit im Sinne der Lobbyisten. Es ist gleichgültig, welche Partei man wählt, es gewinnen immer die Sponsoren, die Machtelite, die im Hintergrund ihre Fäden zieht. Aus ihr rekrutieren sich die wirklichen Entscheidungsträger. Horst Seehofer hat es auf den Punkt gebracht, als er sagte: *Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.*«